

ALDONA e.V.

Beratungsstelle für Prostituierte
Großherzog-Friedrich-Str. 37
66111 Saarbrücken
Tel.: 0681 – 37 36 31
info@aldona-ev.de



Saarbrücken, den 07.02.2024

Stellungnahme gegen die Einführung eines Sexkaufverbots

In der Debatte bezüglich des politischen Umgangs mit Prostitution positioniert sich ALDONA e.V. mit seiner saarländischen Fachberatungsstelle für Prostituierte klar gegen ein Sexkaufverbot. Seit über 25 Jahren sind wir Ansprechpartnerinnen für Frauen in der Sexarbeit im Saarland und stehen durch unsere Aufsuchende Arbeit regelmäßig mit Sexarbeitenden in Kontakt. Darüber hinaus werden in unserer Fachberatungsstelle ca. 150 Frauen jährlich beraten, begleitet und betreut.

Der Verein spricht sich entschieden dafür aus zwischen Menschenhandel/Zwangsprostitution und der freiwilligen Prostitution/Sexarbeit zu differenzieren. Menschenhandel und Zwangsprostitution beschreiben Straftatbestände im Strafgesetzbuch. Bereits seit 2016 werden auch Freier von Zwangsprostituierten, die wissentlich eine Zwangslage ausnutzen, bestraft. Im Jahr 2017 ist das ProstituiertenSchutzGesetz (ProstSchG) in Kraft getreten, das Menschen in der Prostitution schützen und Menschenhandel und Ausbeutung eindämmen soll. Prostitution bzw. Sexarbeit stellt dagegen eine Dienstleistung zwischen zwei Erwachsenen gegen Entgelt dar und ist gesellschaftliche und soziale Realität in Deutschland.

Das geforderte –in Fachkreisen stark umstrittene¹ – „Nordische Modell“ bezieht sich zwar in erster Linie auf die Sanktion von Freiern, trifft aber hauptsächlich die Prostituierten selbst, da sie ihre Dienste dort anbieten müssen, wo ihre Kunden nicht sichtbar für die Behörden sind. Wenn Bordelle und andere Prostitutionsstätten geschlossen werden, wird sich die Prostitutionsausübung gänzlich ins Verborgene verlagern. Diese Verschiebung beobachtet das Bundeskriminalamt im Bundeslagebild Menschenhandel in den letzten Jahren zunehmend kritisch und verweist auf schwer zu kontrollie-

rende alternative Arbeitsorte². Dadurch entstehen Grauzonen, welche Menschenhandel und Ausbeuterei stark begünstigen. Das bereits bestehende „Huren-Stigma“ verhindert gesellschaftliche Teilhabe und würde sich mit dem Sexkaufverbot verschärfen.

Die Reglementierung der Prostitution nach dem Prostituiertenschutzgesetz von 2017 ist das Ergebnis eines langen Weges von der Sittenwidrigkeit hin zur Anerkennung als Erwerbstätigkeit. Durch das Gesetz sind Rechte und Pflichten für Sexarbeitende entstanden, welche seither die Zugänge zu Informationen, Krankenversicherung und Grundsicherung grundlegend verbessert haben. Wenn Prostitution nicht mehr im Sinne einer Erwerbsarbeit betrachtet wird, werden diese hart erkämpften Rechte ebenfalls wegfallen.

ALDONA e.V. betont, dass die freiwillige Entscheidung für eine Tätigkeit in der Prostitution, auch im Sinne der sexuellen Selbstbestimmung, respektiert werden muss. Um Gewalt und Ausbeutung entgegenzuwirken, muss die Bereitschaft erlebte Gewalt anzuzeigen erhöht werden und eine Entstigmatisierung der Prostitution vorangetrieben werden. Sexarbeit muss gesellschaftlich als Arbeit anerkannt werden. Es braucht Anti-Stigmatisierungskampagnen sowie eine sichere Finanzierung für niedrigschwellige aufsuchende Angebote und langfristige Umstiegsprojekte.

Sexarbeit ist divers, genauso wie die Gründe warum sich Menschen dafür entscheiden ihren Lebensunterhalt auf diese Weise zu sichern. Das „Nordische Modell“ ist keine Pauschallösung für den politischen Umgang mit Prostitution. Stattdessen sollte, anhand der Ergebnisse der Evaluation des ProstSchG, die Regulierung der Sexarbeit optimiert werden und die Rechte der Menschen in der Prostitution gestärkt werden. Bei allen politischen Debatten bzgl. des Umgangs mit Prostitution sollten vor allem die Sexarbeitenden und ihre Belange Gehör finden.

1

- Amnesty International: <https://www.amnesty.org.uk/policy-protect-human-rights-sex-workers-ga#Q7> , [02.02.2024]
- Deutsches Institut für Menschenrechte: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/prostitution-und-sexkaufverbot> , [02.02.2024]
- Gemeinsame Stellungnahme Deutscher Frauenrat e.V., Deutscher Juristinnenbund e.V., Diakonie Deutschland, Deutsche Aids-Hilfe und Weitere: <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2019/11/2019-11-20-Sexkaufverbot-PM-final.pdf> , [02.02.2024]

² Bundeskriminalamt, Bundeslagebilder Menschenhandel: https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/Menschenhandel/menschenhandel_node.html , [02.02.2024]